

«Alle Sparmassnahmen sind dauerhaft»

Ein Bericht zieht Bilanz über die Auswirkungen der Struktur- und Sparmassnahmen. Es ist zwar nicht klar, wie stark diese für die gesunde Finanzlage verantwortlich sind, doch der Staatsrat will nicht davon abweichen.

Urs Haenni

FREIBURG Auf 415 Millionen Franken beziffert der Staatsrat in seinem Bericht zu einem Postulat der Grossräte Nadia Savary-Moser (FDP, Vesin) und Bruno Boschung (CVP, Wünnewil) die Entlastung der Staatskasse durch die Struktur- und Sparmassnahmen von 2014 bis 2016. Klar ist: Die Massnahmen haben Wirkung gezeigt und zur heutigen gesunden Finanzlage beigetragen.

An der gestrigen Debatte im Grossen Rat über die staatsrätliche Analyse blieben dennoch Fragen offen. «Es ist schwer zu sagen, zu welchen Teilen die gute Finanzlage durch die Struktur- und Sparmassnahmen oder durch andere Phänomene zustande kam», sagte Grossrat Benoit Piller (SP, Avry-sur-Matran). «So ist es auch nicht klar, ob man die Massnahmen heute aufrechterhalten muss.»

Piller erinnerte daran, dass in der ursprünglichen Botschaft von 2013 die rund 200 geprüften Massnahmen nicht als dauerhaft bezeichnet waren. Für 18 Massnahmen seien aber Gesetzesänderungen vorgenommen worden, so dass diese wohl fest verankert seien. «Es braucht heute ein Monitoring für die anderen Massnahmen, um zu bestimmen, welche weiterhin angewandt werden müssen.»

«Finger weg vom Paket»

Auch Postulant Bruno Boschung ist der Ansicht, dass andere Aspekte die Staatsrechnungen der letzten Jahre positiv beeinflusst hätten. «Aber ohne das Massnahmenpaket wäre es nicht möglich gewesen, das finanzielle Gleichgewicht zu halten», sagte er. «Das Paket hat auch präventiv gewirkt. Mir scheint aber, dass diese Wirkung langsam verpufft.»

Er verwies darauf, dass der Grosse Rat im Februar erstmals eine Massnahme rückgängig gemacht hat: Er gewährte mehr Geld für überbetriebliche Kurse. «Finger weg vom Massnahmenpaket», mahnte Boschung deshalb.



Auch die Freiburger Schulen bekamen den Spardruck zu spüren.

Bild Charles Ellena/a

Emanuel Waeber (SVP, St. Antoni) äusserte die Befürchtung, dass der Staat bei den Ausgaben nicht mehr so diszipliniert sei. Er verwies auf die in jedem Budget steigende Ausgabenseite. «65 Prozent der finanziellen Verbesserung ist aufgrund von Mehreinnahmen entstanden», sagte Waeber.

Zu früh oder zu spät gebremst

Finanzdirektor Georges Godel (CVP) stellte klar: «Sämtliche Massnahmen des Pakets sind dauerhaft.» Man habe keine linearen Einschnitte vorgenommen, sondern jede Massnahme in Arbeitsgruppen und im Gespräch mit dem Gemeindeverband genau geprüft. Auch der Grosse Rat habe damals seine Verantwortung wahrgenommen, so Godel. «Bei den Strukturmassnahmen haben wir frühzeitig die Bremse gezogen. Bei den Sparmass-

nahmen haben wir zu spät gebremst.» Die Ausgaben seien insbesondere nach 2016 angestiegen, weil die temporären Massnahmen auf dem Staatspersonal wie geplant aufgehoben wurden. Ansonsten sind sie gemäss Godel sehr moderat ausgefallen.

Auch Postulantin Nadia Savary sprach sich dafür aus, dass das Massnahmenpaket erhalten bleibt. Sie verwies auf den Hinweis des Staatsrats im Bericht, wonach einige bisher nicht umgesetzte Massnahmen reaktiviert und Gespräche über neue Kostensenkungsmassnahmen geführt werden könnten; konkrete Vorschläge seien für das Budget 2020 möglich. Savary wehrte sich dagegen: «Der Staatsrat müsste mich gut davon überzeugen können. Statt neue Sparmassnahmen soll er eher seine Philosophie bei den Finanzen überdenken.»

Finanzen

Gemeinden sind zufrieden

Der Bericht des Staatsrats über die Auswirkungen der Struktur- und Sparmassnahmen gab unter anderem Aufschluss über die Folgen für die Gemeinden. Diese wurden von 2014 bis 2016 dank 32 Massnahmen um 30 Millionen Franken entlastet, heisst es im Bericht. Durch die Massnahmen beim Kanton machten die Gemeinden Einsparungen bei den Personalkosten von rund 40 Millionen Franken. Dagegen erhielten sie fast 18 Millionen Franken weniger an Subventionen. Die Einnahmen stiegen über die drei Jahre um gut 6 Millionen Franken. «Bei Inkrafttreten der Massnahmen war das eine grosse Sorge: Der Kanton sollte nicht auf

dem Buckel der Gemeinden Geld verdienen», so Postulant Bruno Boschung. Heute sehe man die Massnahmen auch bei den Gemeinden positiv: «Mit Ausnahme von zwei Freiburger Gemeinden wurden alle anderen finanziell entlastet. Netto macht dieser Betrag noch rund 20 Millionen Franken aus.» Diese Ansicht teilte Postulantin Nadia Savary: «Ich bin sehr erfreut über die positiven Folgen für die Gemeinden.» Grossrat Dominique Butty (CVP, Romont), Präsident des Freiburger Gemeindeverbandes, führte das Resultat vor allem auf eines zurück: «Es gab einen konstruktiven Dialog zwischen dem Kanton und den Gemeinden.» *uh*

Kontroverse Reaktionen zu Reformplänen

Die Parteien kritisieren den Gesetzesentwurf des Staatsrats - aus jeweils unterschiedlichen Gründen.

FREIBURG Die offizielle Präsentation des Gesetzesentwurfs zur Reform der Unternehmenssteuern durch den Staatsrat (FN von gestern) wird im linken und rechten Lager unterschiedlich aufgenommen. So kritisiert die SP des Kantons Freiburg in einem Communiqué, dass das kantonale Projekt zu massiven Steuereinsparungen bei den juristischen Personen führen wird. Die Partei werde nicht akzeptieren, dass durch die Steuerreform Leistungen für die Allgemeinheit reduziert werden. Steuererhöhungen für natürliche Personen akzeptiere die Partei nicht. Gemäss SP können die negativen Folgen durch die Besteuerung der Dividenden gedämpft werden. Diese sollte laut SP aber 80 und nicht 70 Prozent der Dividenden ausmachen. Die SP kündigt an, dass sie in der Ratsdebatte keine weiteren Steuersenkungen akzeptiere.

Die FDP verlangt, dass der Kanton einen überlegten und mutigen Entscheid fällt und sich nicht durch ein drohendes Referendum einschüchtern lässt. Freiburg müsse konkurrenzfähig bleiben. Dazu gehöre, dass die Dividendenbesteuerung nicht höher als nötig ausfällt, schreibt die Partei.

SVP: Steuersatz stimmt nicht

Die SVP des Kantons Freiburg kritisiert, dass der vom Staatsrat mit 13,72 Prozent angegebene Steuersatz für Firmen nicht stimme. Berücksichtige man den geplanten Beitrag für soziale Massnahmen, belaufe sich der Steuersatz effektiv auf 13,97 Prozent. Dieser Steuersatz und die Dividendenbesteuerung würden es Freiburg nicht erlauben, sich im interkantonalen Wettbewerb positiv abzuheben.

VPOD: Service public bedroht

Der Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) spricht in seinem Communiqué von Steuerdumping, welches unvermeidlich zu Einschnitten im Service public führe. Es werde zu neuerlichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen für das Staatspersonal und zu Steuererhöhungen kommen. Der Staatsrat halte sich auch nicht an demokratische Abläufe, wenn er sein Projekt vorstelle, bevor der Rahmen auf nationaler Ebene gegeben sei. *uh*

Pfadi mit neuer Homepage

FREIBURG Die kantonale Pfadi Freiburg hat kürzlich ihre neue Website online gestellt. Dies nach zwei Jahren Vorbereitung, wie die Jugendorganisation mitteilt. Dank einem neuen Design und einer einfachen Struktur finde man mit wenigen Klicks Informationen über die Geschichte der Pfadfinder und die verschiedenen Freiburger Gruppen. Die Website sei neu in beiden Sprachen des Kantons abrufbar.

Anlässlich der Generalversammlung der Pfadi Freiburg wählte die Organisation 19 neue Mitglieder in die kantonale Leitung. Ausserdem wurde das Budget für die Ausbildung angepasst. *jcg*
www.scoutsfribourgeois.ch

Problem der Pflegeurlaube ist erkannt

FREIBURG Anspruch auf Pflegeurlaub haben Staatsangestellte nur, wenn deren Kinder krank sind. Grössere Probleme können für die Betroffenen aber auch dann entstehen, wenn erwachsene Angehörige ernsthaft erkranken. Auf diese Problematik hatten die Grossrätinnen Ursula Krattinger-Jutzet und Eliane Aebischer (beide SP, Dürnten) in einer Motion hingewiesen. Der Staatsrat hatte daraufhin in seiner Antwort geschrieben, er teile das Anliegen der Motionärinnen. Die geltende Gesetzgebung erlaube es aber bereits, auf das Problem einzutreten. Aebischer meinte bei der gestrigen Debatte, die Gesetzesartikel seien schwammig. Die Staatsangestellten seien auf den Goodwill ihrer Dienststellen angewiesen. Sie anerkannte aber die Absichtserklärung des Staatsrats und zog daraufhin die Motion zurück. *uh*

Kanton will Lücke bei Sonderbetreuung schliessen

Der Kanton soll sich auch ausserhalb der Schule an den Kosten für Assistenzpersonen bei sonderbetreuerischen Massnahmen beteiligen. Der Grosse Rat hat eine entsprechende Motion angenommen.

FREIBURG Das Gesetz über Sonderpädagogik sieht vor, dass Schüler mit Anspruch auf verstärkte sonderpädagogische Massnahmen im Alltag durch Assistenzpersonen begleitet werden. Die Kosten dafür werden zwischen dem Kanton und den Gemeinden aufgeteilt. Allerdings beteiligt sich der Kanton nur an den Kosten während der Unterrichtszeit. Ausser-schulisch bezahlen bloss die Schulgemeinden.

Diese Lücke will der Grosse Rat nun schliessen. Er hat gestern mit 82 gegen null Stimmen eine entsprechende Motion der Grossrätinnen Antoinette de

Weck (FDP, Freiburg) und Katharina Thalmann-Bolz (SVP, Murten) angenommen. Die Motion verlangt vom Staatsrat, dass er die hälftige Kostenaufteilung in das Gesetz über familienergänzende Tagesbetreuungseinrichtungen aufnimmt.

«Es geht um ganzheitliche Betreuung», sagte Grossrat André Schneuwly (Freie Wähler, Dürnten). Er sei dankbar dafür, dass sich die Gesundheits- und die Erziehungsdirektion austauscht hätten und dass der Staatsrat die Motion zur Annahme empfehle. Susanne Aebischer (CVP, Kerzers) glaubt, dass durch eine einheitliche Praxis der administrative Aufwand für die Betreuungseinrichtungen sinkt. «Es geht weniger um die Finanzen als um eine ununterbrochene Betreuung», sagte Antoinette de Weck.

Wie der Staatsrat eruiert hat, wäre 2017 die geplante neue Regelung nur in einem Fall angewandt worden. *uh*

Eine kostengünstige Steuererleichterung

Jugendliche in Ausbildung sollen inskünftig höhere Steuerabzüge geltend machen können. Mit dem Ja zu einer Motion reagiert der Grosse Rat auf die höheren Studiengebühren.

FREIBURG 178 000 Franken: So viel werden der Kanton, die Gemeinden und die Pfarreien weniger einnehmen, wenn Steuerpflichtige in der Lehre oder im Studium künftig 2700 statt 2000 Franken von ihrem Einkommen abziehen können. Der Grosse Rat hat eine entsprechende Motion der Grossräte Laurent Dietrich (CVP, Freiburg) und Hubert Dafflon (CVP, Grolley) mit 86 gegen null Stimmen angenommen.

Die um 700 Franken höheren Steuerabzüge entsprechen den um 33 Prozent gestiegenen Einschreibgebühren der Universität Freiburg. Dafflon wies in der Debatte darauf hin, dass

Studenten bedingt durch die höheren Gebühren mehr arbeiten und deshalb auch mehr Steuern bezahlen müssten. Nicht immer würden Eltern das Studium finanzieren. «Es ist schwierig, Studium und Arbeit zu vereinbaren», ergänzte Francine Defferrard (CVP, Villars-sur-Glâne).

Paul Herren (SVP, Kerzers) bezweifelte, dass mit der geringfügigen Massnahme eine finanzielle Besserstellung der Jugendlichen erreicht werde. Aber da die Massnahme den Kanton wenig koste, stimme er der Änderung zu.

Für Raoul Girard (SP, Bulle) stellt die Personensteuer von 50 Franken bei einem Einkommen von null Franken ein grösseres Problem dar. Er kündigte einen Vorstoss an, diese Minimalsteuer wieder abzuschaffen. Rudolf Vonlanthen (FDP, Giffers) meinte, der Staatsrat müsse diesen Weg für alle Steuerzahler beschreiten. *uh*